



23.481 Parlamentarische Initiative

Nein zu Listenverbindungen

Eingereicht von: Burgherr Thomas
Fraktion der Schweizerischen Volkspartei
Schweizerische Volkspartei



Einreichungsdatum: 20.12.2023

Eingereicht im: Nationalrat

Stand der Beratung: Erledigt

Eingereichter Text

Der Artikel 31 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte sowie alle notwendigen gesetzlichen Grundlagen werden dahingehend geändert, dass die Listenverbindungen bei Nationalratswahlen abgeschafft werden. Gleichzeitig sind Massnahmen vorzusehen, dass Listenverbindungen weiterhin möglich sind, falls die Bedeutung von regionalen Besonderheiten, wie im Unter- und Oberwallis, welche traditionellerweise zwei Wahlkreise in einem Kanton bilden, überwiegen.

Begründung

Die Anwendung von Listenverbindung bei Nationalratswahlen untergräbt den Willen der Wähler, da diese nicht frei entscheiden können, welcher Partei oder welcher Kandidatin oder welchem Kandidaten sie die Stimme geben können, ohne eine andere Partei ebenfalls zu begünstigen. Dies führt zu einer Pervertierung der direkten Demokratie und untergräbt das Vertrauen in die Politik.

Chronologie

25.04.2024 Zurückgezogen

Zuständigkeiten

Behandelnde Kommissionen

Staatspolitische Kommission NR (SPK-NR)

Staatspolitische Kommission SR (SPK-SR)

Zuständige Behörde

Bundeskanzlei (BK)

Parlament (Parl)

Weitere Informationen

Behandlungskategorie

IV

Erstbehandelnder Rat

Nationalrat



Links

